

Diezener Zeitung



Preis der Einzelgen.
Die einhaltige Seite 60.
Mit den Beilagen 80.
Reklamensatz 2.00.
Küchengeld:
Diez, Rosenstraße 24.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Karl Breidenbach, Gm.

(Kreis-Anzeiger.) (Zahn-Vote.) (Kreis-Zeitung.)
Verbanden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 152. Diez, Freitag, den 9. Juli 1920. 26. Jahrgang.

Preussische Landesversammlung.

Mz. Berlin, 7. Juli. In der preussischen Landesversammlung wurde heute die Staatsberatung fortgesetzt. In den Reden herrschte wiederum die allgemeine politische Note vor. Auf den Etat wurde von den Rednern nur sehr wenig eingegangen. Mit rein politischen Rednerungen im Parlament sind wir aber nachgerade überreichlich bedacht worden, so daß sachliche Interessen nicht zu kurz kommen, wenn man auf die heutige Debatte nicht weiter eingeht. Es genügt festzustellen, daß es wieder heftige Polemiken zwischen Rechts und Links gab, bei denen unter anderem die Frage der Erbschaftssteuerung der Landesversammlung nach den Wahlen vom 6. Juni eine Rolle spielten. Vom Ministerium beteiligten sich die Herren Braun und Seiberling an der Debatte. Aus den Ausführungen des letzteren, der bekanntlich das Ministerium des Innern vertritt, seien die Ausführungen über die Sicherheitswehr hervorgehoben. Er sagte, es sei unmöglich, die Sicherheitswehr mit Gummikugeln auszurüsten, solange noch viele Waffen verborgen gehalten würden. Was die Beteiligung der gewerkschaftlichen Organisationen an der Sicherheitswehr angeht, so ist ihre Mitwirkung sehr wünschenswert, aber die Sicherheitswehr dürfte nicht zu einem Organ der Gewerkschaften werden, sie müsse ganz und gar unter der Kontrolle des Staates stehen. Die Regierung würde sich jeder Autorität begeben, wenn sie unzuverlässige Elemente von rechts und links in der Sicherheitswehr duldete. Die Debatte wurde auch heute noch nicht beendet. Sie soll morgen fortgesetzt werden. Außerdem steht die Mittellandkanalvorlage auf der Tagesordnung.

Zum Hochschulstudium der Lehrer.

Berlin, 8. Juli. In der preussischen Landesversammlung haben die Zentrumsabgeordneten Weydemeyer, Grottel, Berlin, Krug und Dietrich folgende kleine Anfrage eingebracht:

In der Lehrerschaft wünscht man Aufklärung über folgende Fragen:

1. Der vollmatrikulierte Student einer Oberrealschule oder eines Realgymnasiums ist berechtigt, in Latein, in Griechisch oder in irgendeiner Sprache, gesondert, eine Ergänzungsprüfung zu machen. Den Vorschulgelehrten, die ebenfalls auf Grund ihres Seminarabschlusses vollmatrikuliert werden, wird diese Berechtigung nicht erteilt. Sie müssen in Griechisch und Latein, oder in Englisch und Französisch zusammen das Examen machen. Eine Teilung hat beispielsweise das Provinzialhochschulgesetz zu Gunsten abgelehnt. Ist die Staatsregierung bereit, hier eine Angleichung an die Prüfungsbedingungen der übrigen Studenten vorzunehmen?

2. Zur zweckdienlichen Einrichtung des Studiums der Lehrer erscheint baldiger Erlass der Prüfungsordnung für Staatswissenschaft notwendig. Wann wird diese erscheinen?

Die deutsche Taktik nach französischer Auffassung.

Mz. Spa, 8. Juli. Berlin, 8. Juli. Der Echo de Paris: „Wir haben im Laufe des vorgeschrittenen Tages neue Andeutungen erhalten können über die Vorschläge, die ohne Zweifel von den Deutschen bezüglich der Wiedergutmachungen gemacht werden. Sie werden verlangen, daß ein Sachverständigen-Ausschuss, in dem sie gleichmäßig mit den Alliierten vertreten sein sollen, ein System der Wiedergutmachungen aufstellen solle, durch das Deutschland Zahlungen auferlegt werden, die seiner Wiederaufbau entsprechen. Nur im äußersten Fall werden sie das Prinzip einer Mindestjahresrente anerkennen. Die Verabredung der Sachverständigen gutachten bis zur nächsten Finanzkonferenz und bis zum Herausreten der Alliierten aus ihrer feindseligen Haltung ist das angestrebte Ziel. Die Berliner Konferenz wird zweifellos auf Oktober verlagert werden.“

Mz. Paris, 8. Juli. Gustave Hervé schreibt: „Es ist vollkommen unnütz, wie es ein Teil unserer Presse tut, die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzubringen, und die alliierten Regierungen dahin zu treiben zu wollen, daß sie von den Besiegten in wirtschaftlichen Dingen Unmögliches verlangen. Die Pflicht der alliierten Regierungen wäre es vielmehr, dem Publikum in allen Ländern die Schwierigkeiten zu zeigen, denen die alliierten Regierungen gegenüberstehen, um die wirtschaftlichen und finanziellen Klagen des Auslands zu verstehen, die Deutschland ausführen zu lassen, auch die Schwierigkeiten, die die deutsche Regierung hat, sie auszuführen, selbst wenn sie den besten Willen der Welt aufbringen würde.“ Hervé verweist darauf, daß sich die Dinge nicht so abspielen könnten, wie 1871, denn die Lage von 1871 könne mit der von 1920 nicht verglichen werden.

Polens Arbeit in Spa.

Mz. Spa, 8. Juli. Ein Mitglied der polnischen Delegation gab einem hiesigen Vertreter eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Deutschen suchen die alliierten Delegierten davon zu überzeugen, daß Deutschland nur dann eine Entschädigung zahlen könne, wenn es Oberösterreich behalte. Polen werde aber die oberösterreichische polnische Bevölkerung niemals im Stich lassen, die zu viel gelitten habe und noch leide. Polen verteidige nicht nur seine Grenzen, sondern ganz Europa gegen den Bolschewismus. Die Marzälle hoch und Wilson hätten darüber beraten, auf welche Weise man Polen in militärischer Hinsicht helfen könne. Man habe dem Marzälle hoch Dokumente übergeben, durch die die alliierten Regierungen das Deutschland die Absicht habe, gegen Polen Krieg zu führen. Wohl und Gering nach Spa berufen, um von ihnen Auskunft über diese Frage zu erhalten. Zur Regelung der Verwaltung des Danziger Ostens werde Towar die Ernennung eines Ausschusses aus drei Polen, und drei Tansigern unter dem Vor-

sitz eines vom Völkerbund ernannten Sachverständigen vorschlagen. Der polnische Delegierte schloß mit der Erklärung, daß demnächst eine Koalitionsregierung die Geschicke Polens in die Hand nehmen werde.

Das französisch-belgische Militärbündnis.

Brüssel, 8. Juli. Ueber die Einzelheiten der angebotenen französisch-belgischen Militärallianz berichtet der Verteidigungsminister Jeanson in der „Independence Belge“. Wir hatten viele Unterhaltungen mit den Franzosen über die Unterhaltungen konnten kein Ergebnis haben. Die militärische Allianz macht ein vorübergehendes Studium und genaue Untersuchungen seitens der alliierten Generalstabe erforderlich. Der belgische und der französische Generalstab setzen ihre Studien fort. Was England anbetrifft, so hoffen wir, daß es sich unserer Ansicht anschließen wird, und daß wir zum Abschluß einer Allianz gelangen werden, in deren Schutze Belgien seine Autonomie in militärischen Angelegenheiten behalten wird. Auch ist übrigens der Ansicht, daß Belgien vollkommen freie Hand in seiner militärischen Organisation behalten muß.

Frankreich und der Vatikan.

Mz. Genf, 8. Juli. In der Finanzkommission der französischen Kammer ist es zu einem neuen Meinungsaustrausch über die Wiederaufnahme der offiziellen Beziehungen der französischen Republik zum Papst gekommen. Die Regierung hatte schon vor mehreren Monaten eine Kreditforderung von 250.000 Franken für die Unterhaltung ihrer Botschaft beim Vatikan eingebracht. Die Vorlage liegt auf Widerstand bei den Parteien der Rechten und als die Regierung die Verjährung abgab, daß der Papst sich mit der Trennung der Kirche vom Staat abgefunden habe und die im Trennungsgesetz vorgeschriebenen Forderungen dulden werde, erhoben mehrere französische Bischöfe ihre Einsprüche in Rom. Unter diesen Umständen wurde die Vorlage abgelehnt. Rummehr ist auf eine Intervention des Vatikans die Forderung wieder aufgenommen worden, und vorgestern verlas der Abgeordnete Noblemaire in der Kommission einen Bericht, in dem er die Bewilligung des Kredits befohl, indem er besonders auf den großen politischen und moralischen Einfluß hinwies, über den der Papst in Mitteleuropa, in Bayern, Österreich, Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei verfüge. Trotz dieser Empfehlung, erhoben der Sozialist Baronne und der Radikale Herrot lebhaften Widerspruch gegen die Erneuerung eines Postulats beim Vatikan, die mit einer Anerkennung der Souveränität des Papstes gleichbedeutend wäre. Die Kommission hat darauf mit 20 gegen 17 Stimmen beschlossen, die Kreditforderung abzulehnen.

Die neuen Forderungen der Eisenbahner.

Mz. Berlin, 8. Juli. Seit einigen Tagen liegen der Reichsregierung neue Forderungen sämtlicher Organisationen der Eisenbahner vor. Die Bewilligung dieser Forderungen würde die Finanzen des Reichs abermals um mehrere Milliarden belasten. Die Eisenbahner verlangen, daß ihre Forderungen noch vor der Konferenz von Spa befriedigt würden. Der Reichsfinanzminister Wirth hat das abgelehnt. Gestern fanden nun im Reichstage Verhandlungen zwischen den Vertretern der Verbände und den Fraktionen des Reichstages statt. Wie wir hören, werden die vier Regierungsparteien in dieser Angelegenheit gemeinsam vorgehen. Es haben schon Besprechungen zwischen ihnen stattgefunden. Einmütig steht man dem Vorhaben darob, daß die Bewilligung der Forderungen vor der Konferenz von Spa ein Ding der Unmöglichkeit sei. Jetzt liegt eine schriftliche Eingabe der Eisenbahnerverbände vor, deren Beantwortung heute oder morgen erfolgen soll. Bis jetzt haben, soweit wir sehen, nur die Unabhängigen sich bereit erklärt, den Forderungen der Eisenbahner auszusprechen.

Später wird berichtet:

Ueber die Gehalts- und Pensionserhöhungen der Eisenbahner und Staatsarbeiter fanden am Mittwochvormittag zwischen Vertretern der Organisationen und der Parteien ernsthafte Verhandlungen statt. Der Verlauf dieser Verhandlungen eröffnete die berechtigten Hoffnungen, daß die Vertreter der Beamten- und Arbeiterorganisationen die Erfüllung ihrer Forderungen zunächst zurückstellen und sich mit den von den Vertretern der Parteien abgegebenen Erklärungen zufrieden geben werden. Damit dürfte die Gefahr eines Generalstreiks im Verkehrswesen wenigstens vorläufig behoben sein.

Die Eisenbahner gegen die Obi-Steuerung.

Mz. Köln, 8. Juli. Aus den Verkehrsblättern der Eisenbahner wird uns aus Köln geschrieben: „Die fortschreitenden Preiserhöhungen im Obi- und Gemüsehändler veranlassen die in Frage kommenden Behörden mit Vertretern der Erzeuger, Händler und Verbraucher in gemeinsamer Sitzung für die Angelegenheit Erzeugnisse Preise zu setzen, die allen Kreisen gerecht sein sollen. Obgleich auch die in der Kommission anwesenden Erzeuger ihr Verständnis gezeigt hatten, schloß ihnen jedes Mittel im Sinne der Vereinbarung auf ihre Verbände angehörigen einzumischen: denn fast die gesamten späteren Verkäufe wurden nur von solchen Händlern getätigt, die weit über die festgesetzten Preise hinausgingen. Es ist nicht genug, sondern auch Händler maßlos und unter gegenseitiger Überbietung Käufe für Konsumen und Marmeladenkäufe abzuschließen. Infolge dieser Preissteigerungen ist es nicht anders zu erwarten, als daß Obi entweder gar nicht oder nur zu unerhörten Preisen zu erhalten ist. Daß es so nicht weiter gehen kann, dürfte jedem denkenden Menschen klar sein. Es muß halt gemacht werden mit der Ausweitung des Preises. Sind die Verhandlungen getroffen worden, so ist es auch Pflicht jedes Einzelnen, für die Anschaffung einzutreten. Da dieses hier nicht geschieht und bedauerliche Maßnahmen zu bejahen stehen, so erachten es die Eisenbahngewerkschaften,

Köln als ihre höchste Pflicht, an der Herbeiführung geregelter Zustände mitzuwirken. Sie werden den Wucher mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen und ihre Maßnahmen erst dann einstellen, wenn sie die Sicherheit haben, daß die vereinbarten Preise für weitere Käufe maßgebend sind. An alle Volksgenossen richten wir die dringende Bitte, unser Vorgehen im Interesse des Allgemeinwohl tatkräftig zu unterstützen.“

Neue Lebensmittelunruhen.

Mz. Karlsruhe, 7. Juli. Heute nachmittag fanden hier abermals schwere Lebensmittelunruhen statt, bei denen es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Sicherheitspolizei und den erregten Volksmengen kam. Der dem Wochenschnittkommando in der Sandthomastraße wurde zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags Sicherheitspolizei von der Volksmenge umzingelt, wobei versucht wurde, den Beamten die Waffen zu entreißen. Diese setzten sich mit den Kolben ihrer Revolver zur Wehr. Als aus der Menge heraus geschossen wurde, machte auch die Sicherheitspolizei von ihren Schusswaffen Gebrauch. Ein zur Hilfe herbeieilendes Panzerauto gab mit einem Maschinengewehr Feuer auf die Menge ab und wurde dann selbst von allen Seiten beschossen. Hierbei erlitt eine Frau den Tod und mehrere Personen wurden schwer verletzt. Vom Metallarbeiterverband wurden Unterhaltungen zur Einstellung der zwischen der Sicherheitspolizei und der Bürgerwehr entstandenen Spannung eingeleitet. Es trat vorläufig Ruhe ein. Trotzdem sammelte sich gegen 5 Uhr nachmittags wieder eine Menschenmenge an. Es steht zu befürchten, daß der Spätschabend weitere schwere Zusammenstöße bringt.

Die russische Offensive.

Vasyl, 8. Juli. Zum Beginn der russischen Offensive gegen Polen melden die Basler Nachrichten aus Warschau:

Auf 1000 Kilometer Front wagt ein flammender Kampf. Von Sibirien, Norden, Süden und Osten ziehen ungeheure Bolschewikarmeen heran, deren vollständige Konzentrierung im Laufe des Julis vollendet sein dürfte. Ganz Russland ist vom Wirbel des Krieges gegen Polen erfasst. Trotz und Brussilow legen alles auf eine Karte. Sie entblößen die lettische Front, zeigen sich gleichgültig gegen die Fortschritte Brangels und „mischen“ die inneren Fronten. Die Sowjetpresse erklärt von der Seite des „heiligen Krieges“ gegen Polen. Alle Parteikräfte werden mobilisiert. Brussilow führt eine Armee der Offiziere durch. Die Kriegssperanten leiten eine kampfge Generalstabschef. Alle materiellen und moralischen Kräfte Sowjetrusslands werden gegen die Fronten aufgebracht. Hier spielt sich eine der großartigsten Folgen des unabhätbaren welthistorischen Schauspiels ab, daß zwei Welten gegen einander prallen.

Deutschland.

2. Zur Neuordnung des Steuerabzugs. An der gestern vom Reichstag beschlossenen Neuordnung des Steuerabzugs wird von der Presse stark Kritik geübt, was es zeigt sich, daß eigentlich niemand von dieser Neuordnung vertriebt ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ hebt hervor, daß die Neuordnung für die höher bezahlten Angestellten sowohl wie für die Arbeiter eine wertvolle Vereinfachung bedeute. Aus einem Ausnahmefall gegen Arbeiter und Angestellte, wie von unabhängiger Seite der Steuerabzug bezeichnet worden sei, sei ein Ausnahmefall für die höher bezahlten Angestellten, und zwar ein noch schärfer wirkendes, geworden. Die Unmasse Arbeit, die durch die Neuordnung den Arbeitgebern aufgebürdet wird, wird besonders drastisch von der B. Z. am Montag wie folgt beleuchtet:

Angenommen, ein Betrieb hat dreitausend Arbeiter und tausend Angestellte, so wird er zunächst Buch führen müssen über jene Arbeiter, die im Wochen- und jene, die im Tagelohn arbeiten, und die Angestellten, die im Monatslohn arbeiten. Er wird, wenn ihm vom Arbeitsnachweis ein Auswahlscheitler auch nur für einen Tag gestellt wird, sich um die Steuerpapiere dieses Auswahlscheitlers kümmern und eine genaue Bestandsaufnahme seiner Familienverhältnisse machen müssen. In sehr vielen Betrieben kommt es vor, daß Arbeiter, deren Abzug durch die Art ihrer Tätigkeit besonders leidet, Arbeitszuschüsse erhalten, daß Radfahrer, die eigene Räder haben, und diese Räder benutzen Fahrradzulagen bekommen. Ueber alle diese Zuschüsse wird in einem besonderen Steuerbüro genau Buch geführt werden müssen, und es wird in jedem Falle zu entscheiden sein, ob diese Zulagen zum Lohn oder Gehalt hinzugerechnet sind und davon die Steuer abgezogen ist oder nicht. Ueber jede Lebensrunde wird in einem Steuerbüro genau Buch geführt werden müssen. Und dieses Steuerbüro wird auch gleichzeitig ein Standesamt sein müssen, das ein genaues Register über die Familienverhältnisse jedes Angestellten und Arbeiters zu führen hat, denn durch jede Geburt und jeden Todesfall, durch jeden Fortzug eines Familienmitgliedes und jeden Zugzug wird sich der Bezug vom Steuerabzug verändern. Ein komplizierteres Verfahren konnte kaum eingeschlagen werden. Man kann ungefähr berechnen, daß ein Betrieb von der Größe des früher angenommenen ein halbes Dutzend Angestellte lediglich zur Feststellung der Steuerabzüge beschäftigen müssen. Das bedeutet (die Nebenkosten eingerechnet) eine Mindestausgabe von 100.000 Mark jährlich, eine exorbitante Steuer, die der Staat dem Unternehmer auferlegt, in dem er sich selbst der Arbeit und den Konsequenzen dieser hauswirtschaftlichen Steuererhebungsmaßnahme, die nur absoluter Ideokratie entspricht, entzieht. Die neuen Bestimmungen sollen am 1. August in Kraft treten; es ist leicht voranzusehen, daß sie sich als schwerwiegend und abendungsbedürftig herausstellen werden. Dieser neue Paragraph 45a des Reichseinkommensteuergesetzes ist nur eine Pflanzung des Wert des Lebens in die Volkswirtschaft!

Aus dem besetzten Gebiet.

Die Sonderzulage für Beamte und Lehrer im besetzten Gebiet. Auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei ließ die Regierung in der Landesversammlung nachstehende Erklärung abgeben: Den im Reichsdienst stehenden Beamten, Lohnangestellten und Lohnempfängern in den besetzten Gebieten ist eine wöchentliche Beihilfe von monatlich 10 bis 150 Mark aus Reichsmitteln gewährt worden, die auch den aus preussischen Diensten in den Reichsdienst übergetretenen, in den besetzten Gebieten wohnenden Eisenbahnbeamten zugewandt worden ist. Die Staatsregierung ist bereit, in Verhandlungen mit der Reichsregierung einzutreten und nötigenfalls im Reichsrat darauf hinzuwirken, daß auch den Beamten, Lehrern, Angestellten und Lohnempfängern der Länder und der Selbstverwaltungskörper in den besetzten Gebieten aus Reichsmitteln eine entsprechende Zulage gewährt werde. Eine Einwirkung auf die Selbstverwaltungskörper dahin, daß diese für ihre Angestellten gleiche Maßnahmen treffen, liegt ihr nicht zu.

Milchläse für Deutschland.

Ein neues Liebeswerk der Deutsch-Amerikaner. Wiederholt konnte über das Liebeswerk der Amerikaner und anderer großer amerikanischer Organisationskräfte berichtet werden, die zur Verringerung der deutschen Lebensmittelnot u. a. M. den Milch im großen Mengen verteilten; zweifellos haben diese Gaben das Elend der deutschen Kinder zu mildern beigetragen; aber die große Masse der Bevölkerung hat, mit Ausnahme Schwerkranker, seit Jahren kaum ein Glas Milch gesehen, um nun eine wirklich allgemein wirksame Verringerung der Milchversorgung Deutschlands durchzuführen, müßten auch die größten Sendungen von Milchmischungen nicht ausreichen; ganz abgesehen davon, daß die Buttermilch auch dadurch u. d. Verringerung würde. Eine durchgreifende Lösung der deutschen Milchmischungsfrage ist nur möglich durch Vermehrung und Anreicherung des deutschen Milchviehbestandes; ein Ankauf von Milchvieh aus eigenen Kräften ist aber Deutschland in nächster Zeit ganz unmöglich.

Diesen Gedankengängen folgend, haben sich Deutsch-Amerikaner zusammengeschlossen und sich in einem Aufruf an alle amerikanischen Farmer deutschen Stammes gewandt, in dem es laut „N.Y. Times“, u. a. heißt: Es ist eine Unmöglichkeit, durch den Kauf und die Ausfuhr großer Massen amerikanischer Milchpräparate dauernd dem allen deutschen Vaterlande in seiner schrecklichsten Not Hilfe zu bringen. Hilfe kann nur dadurch wirksam gebracht werden, daß wir die deutsche Milchwirtschaft wieder so leistungsfähig machen, daß sie in der Lage ist, die deutsche Bevölkerung und das ganze deutsche Volk in genügender Menge mit ihren Erzeugnissen zu versorgen. Amerika ist das einzige Land, von dem die Milch kommen kann. Wir allein haben die dafür geeigneten Viehställe. Unser Vieh gedeiht sich ohne weiteres an das europäische und deutsche Klima. Und wir besitzen insbesondere sehr leistungsfähiges Vieh, das die hohen Kosten des überseeischen Transports lohnt. In dieser Erkenntnis haben die einflussreichsten Amerikaner deutschen Stammes in Chicago, dem landwirtschaftlichen Zentralpunkt der Vereinigten Staaten sich zusammengeschlossen und die American Dairy-Cattle Company organisiert und bringt alle Betriebskosten für die Durchführung des großen Hilfswerkes auf. So wenden wir uns an alle deutsch-amerikanischen Farmer im Busche und auf der Prairie, mit der herzlichsten Bitte, um Hilfe. Macht es euch zum Grundgesetz und zur Pflicht, dem deutschen Volk in seiner schwersten Gefahr und allerschwersten Not eine oder wenn möglich mehrere Kühe zu schenken.

Das geschenkte Vieh wird von uns, die wir im vollen Einverständnis mit der deutschen Regierung in Berlin arbeiten, zunächst innerhalb der einzelnen Bezirke in „Caravans“ zusammengebracht und nach dem nächsten Sammelplatz verladen. Der Transport der Kühe über See erfolgt in besonders einrichteten Schiffen.

Wenn dieses großartige Liebeswerk gelingt — und davon ist nach dem bisher erlebten Hilfswerk der Deutsch-Amerikaner kaum zu zweifeln — dürfte Deutschland vielleicht noch im Laufe dieses Jahres 100.000 Milchkühe erhalten, die für die Wiederaufbauarbeit des deutschen Volkes gewiß wertvoller ist, als eine vielfältige, geldliche Hilfe.

Politische Rundschau.

Der Kampf um den Bosphorus. Die „Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel, vom 5. Juli: Türkische revolutionäre Truppen haben am asiatischen Ufer des Bosphorus die gegenüber dem alliierten Hauptquartier liegende Ortstadt

Pallos besetzt. Bei den anschließenden Kämpfen mit englischen und griechischen Truppen griff die englische Flotte ein, und bombardierte die türkischen Stellungen die ganze Nacht hindurch. Pallos befindet sich in den Händen der Aufständischen. Die Alliierten haben sich zurückgezogen.

Eine Abordnung Kemal Paschas. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Konstantinopel soll Mustafa Kemal Pascha eine Abordnung nach Europa geschickt haben, die mit der französischen und der englischen Regierung in Verbindung treten soll. Sie bestünde aus den ehemaligen türkischen Gesandten in Washington, Rom und Amsterdam und hat die Aufgabe, den alliierten Regierungen die Ansicht der türkischen Nationalisten über den Friedensvertrag bekanntzugeben.

Ein griechisch-italienischer Konflikt. Wie die „Times“ aus Smyrna vom 3. Juli meldet, kam es zu Säben von Smyrna zwischen Anasid und Turchi zwischen griechischen und italienischen Truppen zu Zusammenstößen, als die Griechen zwei Stellungen innerhalb der italienischen Linien besetzten. Die Italiener forderten die Griechen auf, die Stellungen zu räumen und eröffneten, als dies nicht geschah, das Feuer, was von den Griechen erwidert wurde. Es gab auf beiden Seiten Verletzte.

Internationale Vereinigung für demokratische Kontrolle. In Genf wurde unter dem Vorsitz von Rene Clapartre der erste Kongress der Internationalen Vereinigung für demokratische Kontrolle eröffnet. Es sind 15 Länder vertreten. Deutschland durch Professor Brentano und Graf Montgelas, England durch Morel und Bonsonby, Frankreich durch de Marcell.

Die internationale Seemannskonferenz. Die internationale Seemannskonferenz hat den Bericht über das internationale Seemannsrecht angenommen und beschlossen, die Kodifizierung der nationalen Seemannsrechte zu empfehlen.

Der Christliche Metallarbeiterverband Deutschlands im Jahre 1919.

In seinem Organ „Der Deutsche Metallarbeiter“ veröffentlicht der Christliche Metallarbeiterverband Deutschlands den Bericht über seine Tätigkeit und Ergebnisse im Jahre 1919. Danach erhöht sich die Zahl der Verbandmitglieder von 155.336 zu Beginn des Jahres auf 210.005 am Jahresabschluss. Die Einnahmen und Ausgaben des Jahres betragen 7.742.852 Mark. Zur Vertretung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurden 1981 Vertretungen geführt. Davon nahmen 1773 einen friedlichen Verlauf, und 208 führten zu Arbeitniederlegungen. In 503 Fällen wurden diese Bewegungen vom Verband allein und in 1478 Fällen mit anderen Verbänden gemeinsam geführt. Der durch die Bewegungen erzielte Mehrlohn oder die abgewehrten Lohnverlängerungen betragen pro Mitglied und Woche 1—80 Mark, oder im Durchschnitt 16,70 Mark. Hierbei ist die wiederholte Verletzung der Mitglieder an den Bewegungen zu berücksichtigen. Insgesamt beträgt der geldliche Erfolg für alle in Frage kommenden Mitglieder 4.240.035 Mark die Woche, oder 490.561.820 Mark aufs Jahr umgerechnet. Dazu kommen sonstige Verd. u. d. Familienzulagen, Aufbesserungen der Löhne für Überzeitarbeiter, Einführung des Arbeiter-Erholungsurlaubes u. m. Für 15.900 Mitglieder konnte die Arbeitszeit um 1—14 Stunden die Woche gekürzt werden. Summe hat also: Es sich hierbei um Bewegungen im besetzten Gebiet, wo bekanntlich z. B. der Arbeitsstand nicht eingeführt wurde. Als das erste öffentliche Merkmal des Berichtsjahres wird angegeben, daß infolge Abkommens der Arbeitseigenenschaft, vom 15. November 1918, auch in der Metallindustrie der Gewerkschaften der Tarifverträge in weitem Maße Berücksichtigung fand. Die Zahl der Tarifabschlüsse betrug 523. An denselben waren 17.054 Betriebe und 289.957 Verbandmitglieder beteiligt. Neu abgeschlossen wurden 400 Tarifverträge für 10.900 Betriebe und mit 198.793 beteiligten Verbandsgliedern. Ueber Tarifverhandlungen lagen 125 Perioden für 6115 Betriebe und von 91.783 beteiligten Mitgliedern vor. Nach friedlicher Verhandlung kamen 510 Tarifabschlüsse für 16.870 Betriebe und 288.881 Mitgliedern, nach Streik oder Aussperrung 15 für 183 Betriebe und 1090 Mitgliedern und 1 Tarifabschluß nach friedlicher Verhandlung und Kampf zustande. Auch die allgemeine Verbandswirksamkeit und seine grundsätzlichen Einrichtungen geben in dem Bericht den beweiskräftigsten Niederschlag von der veränderten Tätigkeit des Christlichen Metallarbeiterverbandes, nicht nur zum Wohle seiner Mitglieder, sondern auch im Allgemeininteresse des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft.

Neues aus aller Welt.

Kämpfer. 6. Juli. Ein Erdbebenstöße im Schrieber. Ueber das schwere Erdbebenstöße im Chemischen Institut, dem zehn blühende Menschenleben zum Opfer gefallen sind, berichtet Professor Schenk, in dessen Vorlesung das Unglück geschah, in der Zeitschrift für angewandte Chemie. Danach war das Vorlesungsjournal nach dessen Angaben der Vorlesungsassistent den Versuch vorbereitet, neu geschriebene, und dabei hatte sich ein Schreibfehler eingeschlichen, der trotz sorgfältiger Rekapitulation der Aufmerksamkeit der Revisoren entgangen war. Anstatt 67,5 Kubikzentimeter Tetranitromethan und 75 Kubikzentimeter Toluol heißt es dort 67,5 Gramm Tetranitromethan und 75 Gr. Toluol. Das furchtbare Unglück beschuldet. — Die Staatsanwaltschaft teilt der hiesigen Presse mit, es sei bisher keineswegs erwiesen, daß der „berühmte Schrieber“ das entsetzliche Unglück verschuldet habe. Die in dem Artikel enthaltenen neuen Tatsachen, veranlassen jedoch die Wiederaufnahme der eingestellten Vernehmung.

Der Prozess Blau. Berlin, 7. Juli. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts 2 wurde gegen den Schornsteinfegermeister, den Kaufmann Hoppe und den Schneidergehilfen Winkler wegen Ermordung des Inspektors Blau verhandelt. Blau wurde von den Kommunisten für einen Spitzel gehalten und sollte nach seiner Entlassung getötet werden. Die intellektuellen Urheber des Mordes sollen in München sitzen. Von München aus haben die Kommunisten den Mord verübt und erst in einer Berliner Versammlung gelang seine Entlassung. Er wurde dann erdrosselt und seine Leiche in den Kanal geworfen. Die Vernehmungen gestalteten sich sehr schwierig, da die Angeklagten sich mit allen Mitteln zu entziehen suchten, und die Hauptkuld auf nicht zu ermittelnde Agenten, auch Ausländer schoben. Nach mehrstündiger Verhandlung verurteilte gestern der Gerichtshof den Angeklagten Hoppe zu sechs Jahren Zuchthaus, den Angeklagten Winkler zu drei Jahren Gefängnis. Beiden wurden acht Monate Untersuchungshaft angerechnet. Der Angeklagte Winkler wurde freigesprochen. Die Geschworenen hatten bezüglich Winklers sämtliche Schuldfragen verneint; Hoppe und Winkler erklärten sie nur der Beihilfe zum Totschlag schuldig. Sie verneinten bei Hoppe mildernde Umstände, bejahten sie aber bei Winkler. Der Staatsanwalt hatte daraufhin bei Hoppe zehn Jahre Zuchthaus, bei Winkler drei Jahre Gefängnis beantragt.

Ein Explosionsunglück in Hagen. Hagen, 5. Juli. Während einer stark besuchten Versammlung, die der internationale Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen heute abend in der Turmhalle als Kundgebung für den Völkerrfrieden und der Wiedervereinigung abhielt, stieg in der in der Nähe des Nebenturms aufgestellte große eiserne Ofen mit gewaltigem Getöse in die Luft. Etwa vierzig Personen wurden verletzt, darunter eine Anzahl lebensgefährlich. Die sofort vorgenommene Kriminaluntersuchung ergab, daß im unteren Teil des Ofens neben dem Abzügen eine Anzahl Handgranaten Sprengkapseln verborgen gewesen waren. Man glaubt, daß die Entzündung durch eine in den Ofen geworfene Zigarre oder Zigarette entstanden ist.

Die Zeitungskrisis in Spanien. Wie die Frankf. Zeig. meldet, hat die spanische Regierung, um die Not der Zeitungsunternehmen zu heben, und eine schädliche Konkurrenz einzudämmen, für alle Zeitungen Mindestpreise festgesetzt, sowohl was die Insertionspreise, wie das die Abonnements und die Verkaufspreise anbelangt. Die Papierpreise wurden gesenkt, sowohl was die Insertionspreise, wie das die Abonnements kommenden Papiers. Keine Zeitungsnummer darf jetzt unter 10 Centimes verkauft werden. Die gesamte Presse spricht dem Kabinett Tado für die getroffenen Maßnahmen ihren Dank aus und glaubt, daß dadurch der ihr drohende Ruin vermieden werden kann.

Landwirtschaft.

Die Maul- und Klauenseuche im Rheinland. Auf eine Anfrage Bögel in der rheinischen Landesversammlung antwortete der Finanzminister mit nachfolgenden Feststellungen: Es trifft bedauerlicherweise zu, daß die Maul- und Klauenseuche im Rheinland, zum Teil auch schon in anderen Gebietsteilen, eine große Verbreitung erlangt hat, und daß sie stellenweise in bedauerlicher Form auftritt, und Verluste an Vieh verursacht. Von den gezielten Schutzmaßnahmen wird Gebrauch gemacht, sowohl die gegenwärtig durchführbar erachteten. Daneben wird versucht, die Viehverluste auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. Es ist durch das auf der Insel Rhens bei Greifswald hergestellte öffentliche Maul- und

Gardinen sitzt. Sie stand eine Zeitlang in Beziehungen zu ihrem Neffen Hermann Ollendorf, und weil sie sich überzeugt hielt, daß der junge Mann sich um einen anderen willen von ihr abgewandt habe, hatte sie den Entschluß gefaßt, sich an dieser vermeintlichen Nebenbuhlerin zu rächen. Ich weiß nicht, ob ich mich über diese Dinge ganz offen —

Ja, Sie dürfen ganz offen sprechen, Herr Kommissar, sagte Margarete, die Hand ihres Verlobten mit noch festerem und jählicherem Druck umschlingend. Die Nebenbuhlerin von der Sie da sprechen, soll ich gewesen sein — nicht wahr?

Der Beamte verbeugte sich beständig. Dann fuhr er fort: „Die Leidenschaftlichkeit des Mädchens muß etwas von wirklichem Wahnsinn gehabt haben, denn nur eine Wahnsinnige kann Handlungen begehen, wie diese Violetta Garneri sie zur Erreichung ihrer Absichten unternommen hat. Zunächst war es ihr darum zu tun, die Nebenbuhlerin, deren Namen sie aus einem aufgehangenen oder geklebten Briefe Ollendorfs erfahren kennen zu lernen und zugleich eine Gelegenheit zur möglichst gefährlichen Ausführung des geplanten Verbrechens anzufinden. Und wissen Sie, was sie nach ihrem Gesandnis zu diesem Zweck getan hat? Sie suchte sich in männlicher Verkleidung Ihrem Pausmädchen zu nähern, machte diese ganz oder drei Tage lang in aller Form den Hof und benützte die ihr in verschiedenen Winkeln der Villa gewährten Zusammenkünfte, um sich das Haus anzusehen und sich über die Gewohnheiten und Eigentümlichkeiten seiner Bewohner zu unterrichten.“

Sie also wäre der ungetreue Liebhaber der armen Frau gewesen? rief Margarete. Nun verheie ich freilich den hoch jungelnden Blid, den dieser vermeintliche junge Mann mir zugeworfen, als ich ihn im Stelldichein mit dem Mädchen übernahm.“

Und weiter? drängte der Kommissar. Die geheimnisvolle Assistierende — auch sie wäre diese Violetta Garneri gewesen? Allerdings! Sie hatte in den Zeitungen von einem Schneider gelesen, der sich in einer Riste hatte von Bubapest nach Paris befördern lassen, und angesichts der so weit geringeren Entfernung schien es ihr ein leichtes, die Ungeheimlichkeiten und Gefahren eines solchen Transports auf sich zu nehmen, wenn sie dadurch die Möglichkeit gewann, ihren Racheplan durchzuführen.

Schluß folgt.

Nachtgeheimnisse.

Roman von A. Dreß.

73

Nachdem verboten

Brüning hatte seiner Braut nichts verschwiegen, nichts von dem fürchterlichen Verdacht, der sich gegen sie erhoben, und nichts von dem schweren Belastungsmaterial, das menschliche Kurzsichtigkeit gegen sie zusammengetragen. Aber in der Gewissheit eines Glücks, das ihnen durch nichts mehr geraubt werden konnte, hatten sie von diesen Dingen so ruhig gesprochen, wie wenn es die Schicksale fremder, gleichgültiger Menschen wären, über die sie da miteinander zu Rate gingen.

Was konnte denn diese Unterredung am Ende anderes bedeuten, als eine Prüfung, die sie leichten Herzens bestehen mochten, weil sie der unendlichen und unermesslichen Seligkeit so sicher waren, die sie an ihrem Schicksal erwarteten!

Der Kommissar hatte seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß die Tatsache ihrer heimlichen Abreise, die der Polizei und dem Untersuchungsrichter doch unmöglich verborgen geblieben sein konnte, nicht ihre sofortige Verfolgung nach sich gezogen hatte, und sie selbst hatte nach allem, was er ihr über den Inhalt seiner letzten Unterredung mit Vergnügen gesagt, dies Verwundern geteilt. Darüber, daß sie nunmehr sofort sich den Behörden zur Verfügung stellen müßte, waren sie nicht einen Augenblick im ungewissen gewesen, und so groß war Margaretes Sorge, den nächsten Zug zu vermissen, daß sie die Vorbereitungen für ihre Flucht aus des Kommissars Hause nicht mit so großer Hast und Eile getrieben hatte, als jetzt die Zurufungen für eine Heimkehr, die doch vielleicht nichts anderes als ein Weg ins Gefängnis war.

Gemeinsam hatten sie in einer Droschke den Weg zum Bahnhof zurückgelegt, mit Herzen voll einer Fröhlichkeit, die jedem anderen unter solchen Umständen als eitel Torheit erschienen wäre, und eben war der Kommissar im Begriff, Margarete beim Besteigen eines Wagenabteils zu helfen, als er sich bei seinem Namen angerufen hörte. Er drehte sich um und erkannte zu seiner grenzenlosen Überraschung den Kriminalkommissar Leuthold, der ihn und seine Begleiterin mit erschreckender Eile begrüßte.

Wie? fragte der Kommissar. Sie hier in Berlin? War es eine dienstliche Angelegenheit, die Sie herübergeführt hat?

Ja, Herr Kommissar, eine Angelegenheit, die uns alle lange genug in Atem gehalten hat. In Ihnen von Seiten des Staatsanwalts oder des Untersuchungsrichters, im Laufe des heutigen Tages keine Vergeßlichkeit darüber zugekommen?

Eine Benachrichtigung war nicht wohl möglich, da den Herren meine kleine Adresse kaum bekannt sein konnte, erwiderte Kommissar Leuthold dem Kriminalkommissar Leuthold. — Aber ganz recht, jetzt erinnere ich mich einer Mitteilung, daß Sie nach Berlin geschickt worden seien, um den Abseher der geheimnisvollen Riste auszuforschen. Ist es Ihnen in dieser kurzen Zeit bereits gelungen?

Vielleicht mehr als nur dies ist mir gelungen, erwiderte der Beamte ernst. Und wenn die Derrschaffen gestatten, daß ich mich zu Ihnen setze, so bin ich mit Vergnügen bereit, Ihnen einen ausführlichen Bericht zu erstatten.

Verwundert hatten Gerhard Brüning und Margarete einander angesehen, denn das Benehmen des Beamten gegen die ehemalige Gräfin war von so ausgesuchter Höflichkeit und Freundschaft, daß er entweder von dem gegen sie vorliegenden furchtbaren Verdacht keine Ahnung haben, oder daß sich inzwischen etwas zugefallen haben mußte, das diesen Verdacht von ihr genommen hatte.

Aber wenige Minuten schon, nachdem der Zug sich in Bewegung gesetzt hatte, war ihrer Ungewissheit ein Ende gemacht, denn der Kommissar hatte seinen Bericht mit den Worten begonnen: Ich habe gestern die Rührerin der Frau Theresie Baumert ermittelt und habe aus ihrem eigenen Munde das ausführliche Geständnis ihrer Schuld entgegengenommen. Es war der größte Erfolg und zugleich die tiefste Bejahung meiner ganzen bisherigen Beamtenlaufbahn. Denn noch niemals bin ich mit all meinen Bemühungen so weit von der Wahrheit geblieben, wie in diesem einzig dastehenden Kriminalfall.

Und diese Rührerin? fragten die beiden Zuhörer wie aus einem Munde.

Ihr Name wird Ihnen völlig unbekannt sein. Er lautet Violetta Garneri, und die Unselbst war die Tochter eines Aristokraten aus italienischer Abstammung, der wegen verschiedener schwerer Vergehungen schon seit geraumer Zeit hinter schwedischen

Flauenfuchterum mehrfach gelungen, die Verluste zum Stillstand zu bringen. Mittel zur Erstattung des Schadens haben der landwirtschaftlichen Verwaltung nicht zur Verfügung. Durch Paragraph 23 des preussischen Ausführungsgesetzes zum Viehsteuergesetz sind jedoch die Provinzialverbände in die Lage versetzt, Entschädigung zu zahlen. Der Provinzialverband für die Rheinprovinz macht von dieser Möglichkeit insofern Gebrauch, als er nach seiner Viehsteuergesetzgebung für mehr als drei Monate alte Kinder, die an der Maul- und Klauenseuche gefallen sind, Entschädigung gewährt. Eine Ausdehnung dieser Vorschrift auf andere Tierarten ist angeregt.

Aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden.

Die Maul- und Klauenseuche, die im Regierungsbezirk Wiesbaden, wie in den angrenzenden Gebieten, seit Wochen unter den Viehbeständen große Verheerungen anrichtet und sich immer weiter ausbreitet, hat auch den Viehbeständen übergroßen Schaden zugefügt, besonders im Unterwiesenthal. Im ganzen sind bis jetzt dort der Seuche 500 Ziegen zum Opfer gefallen. In einzelnen Ställen gingen zwei bis fünf Tiere ein, und der Schaden trifft vor allen Dingen den kleinen Mann. Um nun den Viehhaltern die Wiederanschaffung von Tieren zu erleichtern, kostet doch heuer eine Ziege 650 bis 900 Mark, hat die Kreisverwaltung des Unterwiesenthalkreises beschlossen, vom Kreistag aus Kreismitteln 75.000 Mark zu fordern. Diese Summe soll der Kreisfiskalstelle überwiesen werden, die sodann an bedürftige Kreisangehörige zum Ziegenkauf die Mittel verteilt, welche erst nach drei Jahren der Kasse zurückerstattet werden müssen. Der Landesausschuß hat in wahrer Erkenntnis der nahezu verheerenden Lage der Viehhalter im Unterwiesenthalkreis auch beschlossen, diesem Kreis ein Darlehen von 30.000 Mark aus dem Restorationsfonds zu bewilligen.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Die Neugestaltung des ländlichen Schulwesens hat im Januar dieses Jahres den Deutschen Verein für ländliche Wohlfahrt und Heimatpflege in längeren in vierhundert Konferenzen beschäftigt. Der topographische Bericht über die abschließenden Verhandlungen ist gerade noch zur Reichsschulkonferenz fertig geworden und unter dem Titel „Neugestaltung des ländlichen Schulwesens“ erschienen. „M. 20.“ Männer und Frauen, die auf dem Gebiet des Bildungswesens als auch in der Beurteilung ländlicher Verhältnisse tiefen und fachkundigen Einblick haben, behandeln die Bedürfnisse der ländlichen Volksschule, der Schulunterhaltung, der Lehrer- und Lehrerbildung, der Fortbildung und Fachschulen, der ländlichen Volkshochschule, sowie auch der höheren Schulen, die für die ländliche Jugend in Frage kommen, in eingehender Weise. So ist ein Werk entstanden, das heute noch ohne Gegenstück ist und einen Gesamtüberblick über das gibt, was dem ländlichen Schulwesen not tut und an dem deswegen keiner vorbeigehen darf, der sich mit den Fragen der Schulreform ernstlich beschäftigt.

Deutsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin SW. 11, 1920.

Montabaur, 7. Juli. Am 6. September 1920 hält der Verein ehemaliger Schüler des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums eine Studientagungsversammlung. Bei dieser Gelegenheit findet die feierliche Enthüllung der Ehrenstatue für die im letzten Jahre verstorbenen ehemaligen Schüler statt. Alle verehrlichen Mitglieder des Vereines, sowie alle Freunde des Gymnasiums sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Koblenz, 7. Juli. Beim Baden ertranken die der „Koblenzer Zeitung“ aus Urbar berichtet wird, ertrank dort am Freitagabend beim Baden im Rhein in der starken Strömung ein junger Mann, von 18 Jahren und mit ihm ein neunjähriger Knabe, den er auf seine Schulbank genommen hatte.

Aus dem Gerichtssaal.

Limburg, 30. Juni. (Schwurgericht.) Heute wurde die Strafkammer gegen den Händler Karl Weiser von Alphen wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrug verurteilt. Im Herbst 1919 besaß sich der Angeklagte mit mehreren anderen Personen mit dem Ankauf von Waren im hiesigen Gebiet, um sie im umliegenden Gebiet zu verkaufen. Er erfuhr, daß der Wagner Schneider von Weiden bei dem Wegger Johann Herz 5000 Stück Zigaretten und 28 Unterhosen hatte. Er gab sich zunächst als Schneider aus und verhandelte mit ihm über den Verkauf dieser Gegenstände, da er sie umbeziehen nicht konnte, ließ er sich von Schneider eine Briefkrönung ausstellen, daß er die Sachen bei Herz einkaufte. Der Angeklagte schrieb einen neuen Sattel, in welchem Herz empfand, daß die Sachen dem Heberbringer auszuhandeln. Diesen übergab er Herz, dem gegenüber er sich Müller nannte, gegenwärtig dieser ihm die Sachen auszuhandeln. Als am folgenden Morgen Schneider bei Herz erschien, entdeckte sie den Betrug und wurde noch am selben Tage bei dem Angeklagten Hausdurchsuchung gehalten und die Sachen vorgefunden. Sie wurden beschlagnahmt und dem Bürgermeister in Alphenrod zur Aufbewahrung übergeben. Der Angeklagte gab darauf 3 Telegramme von Montabaur aus auf, eines an sich selbst, eines an den Bürgermeister in Alphenrod, worin dieser aufgefordert wird, die Sachen dem Angeklagten auszuhandeln. Der Bürgermeister lehnte die Herausgabe ab und verlangte eine Aufweisung der Staatsanwaltschaft Neuwied. Nach einer Woche erschien der Angeklagte wieder bei dem Bürgermeister, überschickte ein Schreiben, worin Schneider seinen Strafantrag zurücknimmt und unter demselben eine Bescheinigung, daß dem Richter die Sachen ausgeliefert werden sollten. Diesmal fiel der Bürgermeister der Täuschung zum Opfer und handigte die Sachen aus. Der Angeklagte ist heute schuldig. Die Herren Geschworenen bejahten die Schuldfrage, billigten dem Angeklagten aber mildernde Umstände zu. Das Gericht erkannte auf 3 Monate 3 Wochen Gefängnis und rechnete dem Angeklagten die volle Untersuchungshaft an. Er wurde aus der Haft entlassen. — Desgleichen hatten sich am 1. Juli die Hofräte Wilhelm Beder von Hensen, Wilhelm Ben von da und Franz Gabelberger von da wegen Widerstands gegen einen Forstbeamten und Körperverletzung desselben zu verantworten. Der Richter Baderberg von Hensen hatte festgestellt, daß die Gruppe Hofräte, der die Angeklagten angehörten, nicht nur Abschlüsse, sondern auch Abschlüsse zerknüllten, um es mit dem Abfall mit nach Hause zu nehmen. Als der Richter dieses Volk taxieren wollte, damit die Angeklagten es bezahlen müßten, drang Beder, Drohungen ausstehend, auf Hofräte ein, faßte und warfte ihn am Basse und warf ihn auf den Boden zu werfen. Die Mitangeklagten sollten hierbei Hilfe geleistet haben. Dem Richter wurde der Resolberhant der Tasche vom Leibe gerissen. Die Herren Geschworenen bejahten die Schuldfrage bezüglich der Angeklagten Beder und billigten ihnen mildernde Umstände zu. Beder

erhielt 4 Monate Gefängnis, Ben 5 Wochen Gefängnis, Gabelberger wird freigesprochen.

Aus dem Unterlahnkreise.

Hahnstätten, 7. Juli. Ein hoher und feister Mann, genau wie allen Sängern und Sangesfreunden von Hahnstätten und der Gegend am 1. August dargeboten werden. Der Gesangsverein „Vorelen“ von Barmen hat die Absicht, in den Tagen vom 31. Juli bis 2. August eine größere Tour in das Nahthal und den Taunus zu machen und wird am 1. August in der Turnhalle in Hahnstätten ein Konzert geben. Der Verein, welcher unter der Leitung des Herrn Chormeisters J. Beres steht und ganz vorzügliches Licht, stellt als Gast bei dem Männergesangsverein Hahnstätten, welchem Herr Beres als Ehrenmitglied angehört. Die Festungen der Vorelen von Barmen sind in der Sängerkunst weit bekannt. Besitzt doch dieser Verein eine große Anzahl an erster Preise sowie viele Gassen- und Hahnenpreise und war bei dem letzten Wettbewerb in Frankfurt a. M. in großer Konkurrenz mit am ersten Stelle beteiligt. Voller Spannung wird der Verein von allen Einwohnern von Hahnstätten erwartet und herzlich willkommen sein.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Die Monatsversammlung der deutschen Angestellten-Bundes ist morgen Abend 8 1/2 Uhr im „Frl. Carl“. Der Sportverein 09 ladet seine Mitglieder zu einer heute Abend 8 Uhr stattfindenden Generalversammlung ein. Waldfeier. Der Männergesangsverein „Süd auf“ Emmerhütte beabsichtigt am Sonntag, den 11. d. Mts. von nachmittags 3 Uhr an bei günstiger Witterung im Walde oberhalb der Offenbach eine kleine Waldfeier zu veranstalten durch Konzert, Gesang und Kinderpiel. Freunde und Gönner des Vereines sind herzlich eingeladen.

Kohlenversorgung. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Abschnitt 7 der Kohlenbezugsartikels Ende Juli verfällt und eine spätere Verlängerung nicht erfolgt. Da die Kohlenfrage im kommenden Winter kritisch werden wird, und auch mit einer Verbilligung der Kohlen nicht zu rechnen ist, so wird der Einwohnerrat dringend empfohlen, die Einlösung der Abschnitte nicht zu versäumen.

Kurtheater. Johann Strauß, des Kaiserkrönigs anerkannte Operette „Die Fledermaus“, die morgen, Abends 8 Uhr im hiesigen Kurtheater von Mitgliedern des Mainzer Stadttheaters gespielt wird, befragt der Empfehlung kaum, sie empfiehlt sich selber. Die Komik wird von Fr. Martha Sommer, aus Wiesbaden, getragen (nicht von Sinfolowitsch, wie bereits im Programm gemeldet). Fr. S. S. Kühn dürfte als Prinz Orlofski den an diese Rolle gestellten Erwartungen entsprechen. Herr Sand und Fr. Schlotbauer haben gleichfalls an richtiger Stelle. Die geschickte Verteilung der Rollen sichert sowohl effektvolle Einzeldarstellungen als auch ein lebendiges Gesamtensemble.

Missionsfest. Am Sonntag wurde in den beiden evangelischen Kirchen das Programm für das Missionsfest am nächsten Sonntag und Montag bekanntgegeben. Sonntag, den 11. Juli vormittags 10 Uhr predigt in der Pfarrkirche Pfarrer Dr. Michel aus Gumb. in der Kaiser-Wilhelm-Kirche Pfarrer Dr. Freudenthal aus Nassau. Um 2 Uhr findet Jugendgottesdienst in der Pfarrkirche statt, bei dem der Missionsdirektor Lic. Dr. theol. Witte aus Berlin die Ansprache übernommen hat. Auch am Abend wird er in der Pfarrkirche reden, und zwar über das Thema: „Was steht für uns deutsch-evangelische Christen in China und Japan auf dem Spiel?“ Die Generalversammlung des Hauptvereins Wiesbaden und Nassau-Vand am Montag um 2.30 Uhr im Gemeindefeital für Freunde des „Evangelisch-protestantischen Missionsvereins“ anzufragen. Es werden also alle Einheimische und Auswärtige, die sich ein Urteil über diese Missionsgesellschaft bilden und aus ihrer besonders interessanten Arbeit etwas abzwicken wollen, nicht denen, die sie bereits kennen gelernt haben, zum Besuch freundlich eingeladen. M. Direktor Witte wird über die allgemeine Lage der Mission, über ihre Zukunft und über die Zustände in China reden. Abends um 8.30 Uhr findet noch einmal im Gemeindefeital eine Versammlung statt, in der auf Wunsch eines einleitenden Vortrags des Wiesbadener Pfarrers Martin Schmidt über „Notwendigkeit, Recht, Aufgabe und Ziel der Mission“ gesprochen werden soll. Man hofft auf eine starke Beteiligung der Gemeinde nicht bloß am Sonntag, sondern gerade auch am Montag.

Kemmenau, 9. Juli. Auf vielseitigen Wunsch gibt die Turn- und Spielvereinigung G. B. Kemmenau Sonntag, den 11. d. Mts. das Faustspiel „Der Erdbeber“ von Otto Lubow in 8 Aufzügen im Lokal Mauer zum zweitenmal.

Aus Nassau und Umgegend.

Die U. S. P. D. hält am Sonntag, den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr im Hotel zur Krone in Nassau eine Kreisversammlung ab.

Langhosen, 9. Juli. Am kommenden Sonntag findet hier das Bezirksfest für den Unterlahnkreis statt.

Letzte Nachrichten.

Eigener Nachrichtendienst der Diezer- und Emser Zeitung.

Epa.

Mz. Spa, 8. Juli. Der oberste internationalisierte Rat versammelte sich heute vormittags um 11 Uhr in der Villa de la Reine für eine Entgegennahme des Pflichtes der militärischen Experten über die Entwaffnungsvorschläge, wie sie gestern von der deutschen Delegation gemacht wurden. Um 12 Uhr mittags sprachen die deutschen Delegierten ihrerseits in der Villa vor, auf welchen Zeitpunkt sie gestern eingeladen worden waren. Der Vorsitzende Delacroix ließ sie wissen, daß die Sitzung der Konferenz auf nachmittags 3 Uhr vertagt worden sei, um es den Alliierten zu ermöglichen, ihre Beratungen fortzusetzen. Die deutschen Delegierten zogen sich darauf zurück.

Nach der Abfahrt der deutschen Delegierten wurden die Beratungen unter den Alliierten fortgesetzt, um zu einer Verständigung über die Schriften und die Bedingungen zu kommen, die Deutschland für die Verrichtung des Materials und die Verabreichung der Truppenbestände gestellt werden sollen. Die Experten, unter denen Frankreich durch General Rollet und Deutschland durch General von Seckert vertreten waren, berieten gestern lange der Vergleichung der vom deutschen Generalstab und den beiden alliierten Delegierten eingebrachten Zahlen über das zu vernichtende oder auszufertigende Material. Es erfolgte eine Einigung in dem Sinne, daß die Zerstörung von 14.000 Geschützen, 5000 Maschinengewehren und 750.000 Handwaffen als erfolgt anerkannt wird. Dagegen weigerten sich die Alliierten, den deutschen Ziffern bezüglich des noch zu vernichtenden Materials zuzustimmen, da man fortwährend noch weitere

Vorräte aufdeckte. Man weiß so, daß mindestens die Hälfte des deutschen Materials noch nicht zerstört ist.

Mz. Spa, 8. Juli. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde nachmittags 1/4 Uhr im Schloß de la Reine eröffnet. Lloyd George teilte sofort im Namen der Alliierten mit, daß, sofern Deutschland sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei überträte, ihm für die Verabreichung der Heeresstärke auf 100.000 Mann eine Frist von sechs Monaten zuechillig worden sei. Die Verabreichung des Heeres habe in zwei Paten bis 1. Oktober 1920 auf 150.000 Mann, bis zum 1. Januar 1921 auf 100.000 Mann stattzufinden.

Minister Dr. Simons betonte, daß eine so bedingte Fristverlängerung eine einseitige Annahme der Entente darstellen würde, nicht ein Abkommen unter den verhandelnden Parteien.

Lloyd George entgegnete, daß die Alliierten darauf bestanden, daß wir das Protokoll für diese Abmachungen annehmen. Demgegenüber erklärte Minister Dr. Simon, daß wir das nicht tun könnten, ohne vorher eingehend über die Angelegenheit beraten zu haben.

Die Konferenz wurde darauf um 5 Uhr nachmittags auf Freitag mittag 11 Uhr vertagt. Die Mitglieder der deutschen Delegation sind sofort nach der Rückkehr von der Konferenz zu einer Besprechung zusammengetreten.

Minister Simons und Lloyd George.

Mz. Paris, 9. Juli. Ueber das Gespräch, das sich während der vorgestrigen Sitzung zwischen Lloyd George und dem deutschen Minister des Auswärtigen entsponnen hat, berichtet der Matin wie folgt: Lloyd George hat vorgeschlagen, im Laufe der Verhandlungen gefragt, 1871 sei es Frankreich gelungen, obwohl es geschlagen gewesen sei, die Umrufen der Kommune rasch niederzuschlagen. Minister Simons hat darauf geantwortet: „Aber wir, die wir siegreich waren, haben Frankreich die Mittel gelassen, ein Heer zu unterhalten, um die Umrufen niederzuschlagen.“ Hierauf hat Lloyd George geantwortet: „Aber eine ernsthafte Regierung muß doch Herrin in ihrem eignen Lande sein.“ Was Simons veranlaßt hat, zu antworten: „Sie sind, Herr Premierminister, Minister eines sehr großen, blühenden und florierenden Reichs, und doch habe ich sagen hören, daß es Ihnen jüngst nicht leicht gefallen ist, die Waffen von Rebellen einzuwammeln, deren sie sich bedienten, um die regulären Truppen anzugreifen. Ich weiß nicht einmal, ob es Ihnen bis heute gelungen ist. Ich darf also etwas Nachsicht für eine notwendigerweise schwache Regierung verlangen, die ein Land regieren muß, das geschlagen wurde und in dem die Unordnung herrscht.“

Mz. Haag, 9. Juli. Holländische Blätter berichten, Minister Simons habe vorgestern seinen ersten Erfolg gehabt. Seine schlagfertige Anspielung auf Irland sei von der Konferenz mit Heiterkeit aufgenommen worden.

Aus dem Hauptauschuß des Reichstages.

Mz. Berlin, 9. Juli. Der Hauptauschuß des Reichstages beriet heute den Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Die neu angeforderten Beamtstellen wurden gegen den Antrag der Deutschnationalen bewilligt. Von verschiedenen Seiten wurde schnell der Abbau der Kriegsgesellschaften verlangt, der seitens der Regierung als im Gange, endlich bezeichnet wurde. Beim Haushalt des Reichsfinanzministeriums wurde ein Antrag Bauer (Z.) angenommen, wonach für den Eisenbahnerlohnstarif die nötigen Mittel in den Etat einzuflechten werden sollen, ebenso ein Antrag Bursage (Z.), die Tarifverhandlungen mit den Staatsarbeitern baldmöglichst zum Abschluß zu bringen.

Unabhängige — Kommunisten.

Mz. Berlin, 8. Juli. Wie der Vorwärts meldet, richtete die U. S. P. D. an den zur Zeit in Moskau tagenden Kongress des Volkskongresses für die dritte Internationale das Ersuchen um Aufnahme. Der Kongress stellte sehr Punkte als Bedingungen für den Eintritt der U. S. P. D. in die dritte Internationale auf, deren Befriedigung der Unabhängigen mit den deutschen Kommunisten fordert. In einer Konferenz der Führer der Unabhängigen wurde beschlossen, diesen Punkt abzulehnen, selbst auf die Gefahr hin, daß die U. S. P. D. von der dritten Internationale ausgeschlossen werde.

Putschabsichten der Polen in den Abessinien-Gebieten.

Mz. Berlin, 9. Juli. Die Abendblätter bringen weitere Meldungen über Absichten eines bevorstehenden polnischen Putsches in den ost- und westpreussischen Abessinien-Gebieten. Aus Marienwerder kommt die Nachricht, daß 500 polnische Zivilisten im Krummich seien und daß die Polen eine Störung der Abessinien planen. In Deutsch-Eulau kam es bereits zu schweren Ausschreitungen der Polen. Im Kreise Stuhlfurth deuten zahlreiche Waffensunde auf Putschvorbereitungen hin. Polnische Agenten versuchen in der Maske deutscher Patrioten unter dem Hinweis auf den nahen Zusammenbruch Polens infolge der russischen Siege die deutsche Bevölkerung und die deutschen Grenztruppen zum Einsatz in Polen zu bewegen, um dadurch den Putsch der Abessinien rechtfertigen zu können.

Die Auflösung des polnischen Heeres.

Mz. Berlin, 8. Juli. Wie die Tägliche Rundschau aus Breslau meldet, berichten zahlreiche in Oberschlesien eintreffende Flüchtlinge Einzelheiten über die Auflösung des polnischen Heeres. Der dortigen polnischen Armee habe sich eine große Beifriedung bemächtigt. Es finde ein Sturm auf die polnischen Banken statt, um die dort niedergelegten Kapitalien möglichst schnell abzuhoben.

Vom Bäckertisch.

Der 10% Steuerabzug.

Im Verlage der Krabbenischen Buchdruckerei G. m. b. H. in Coblenz, Rheinstraße 17, ist eine kleine Schrift aus der Feder des Verfassers des Finanzgesetzes Coblenz, Regierungsrat Dr. Hermann, erschienen. Der Name der Schrift lautet: „Der 10prozentige Lohnabzug, seine Anrechnung und Ermittlung“. Die Schrift ist um so mehr zu begrüßen, als sie nicht einem als fachkundig bekannten Fachmann verfaßt und als solche besonders geeignet ist, die Aufregung zu besänftigen, die durch falsche Darstellungen in Wort und Schrift ins Volk getragen worden ist. In ihr ist in kurzer, leichtverständlicher Weise das gesamte zu dieser einschneidenden Frage erscheinende amtliche Material übersichtlich klar geordnet zusammengestellt und durch Beispiele illustriert. Der voraussichtliche Preis von 2.50 Mark ermöglicht es jedem, sich durch Anschaffung der Schrift Klarung zu verschaffen. Zu beziehen ist die Broschüre „Der 10prozentige Lohnabzug“ durch den Buchhandel und unmittelbar vom Verlag Krabbenische Buchdruckerei G. m. b. H., Coblenz, Rheinstraße 17.

Modernes Theater:

Separ. Eingang Diez Hof v. Holland

Samstag Sonntag Montag
8 Uhr ab 4 Uhr 8 Uhr

Die 3 Tänze der :: Mary Wilford ::

Spannender Abenteuer-Film in 6 Akten. In der Hauptrolle: **Erika Glässner.**
Drei Tänze bilden die Marksteine in ihrem Leben. Sie tanzte einst um — zu helfen. Ihr zweiter Tanz führte sie zur Höhe des Glücks empor. Der dritte Tanz ist ihr Todestanz.

Ferner:

Leo weiss Rat

Lustspiel in 3 Akten.

Zur gefl. Beachtung!
Auf vielseit. Wunsch!
Samstag und Sonntag
nachm. 5 Uhr nachm. 2 Uhr

**Grosse
Kinder-Vorstellung**
Eintrittspreis auf allen Saal-
plätzen 1 Mark.

Lebensmittelfür den Stadtbezirk Diez.

Freitag, den 9. Juli 1920.

Fleisch- und Fleischwaren-Verkaufsstellen in dieser Woche die Metzgereien: Friedl, Arnt, Hoffenkauf, Knecht, W. Marheiner, Jul. Marheiner und Kold.

Die Preise für Fleisch und Fleischwaren für diese Woche sind: Rindfleisch 10 M., Schweinefleisch 12 M., Kalbfleisch 9 M., und Hammelfleisch 10 M. das Pfd. Fleischwurst und Schwarzwurst 12 M., frische Leber und Blutwurst 1. Qual. mit Schweinefleisch 8 Mark, 2. Qual. 5 Mark das Pfund. 250 Gramm Haferflocken das Pfund zu 2,40 Mark gegen Abschnitt 23. 125 Gramm Runkelhonig das Pfund zu 7,00 Mark gegen Abschnitt 24. 50 Gramm Holl. Käse das Pfund zu 16 Mark gegen Abschnitt 25. der Lebensmittelfür in allen Geschäften.

Wohnungsamt.

Mit Bezug auf die in Nr. 66 des Kreisblattes veröffentlichte und am 1. 7. d. J. in Kraft getretene Verordnung, betr. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel im Unterlahnkreis wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Funktion des Kreis-Wohnungsamtes (Wohnungsamt) für den hiesigen Stadtbezirk dem Magistrat übertragen worden ist. Als Leiter des Wohnungsamtes ist Herr Bürgermeister Dr. Schaubert und als Schriftführer Herr Stadtschreiber aus bestimmt.

Indem wir zur Vermeidung von Verstößen auf die genaue Beachtung der Verordnung hinweisen, machen wir besonders auf die Bestimmungen in den §§ 2, 4 und 5 aufmerksam.

a. Nach § 2 hat der Verfügungsberechtigte unverzüglich dem Magistrat (Wohnungsamt) Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik, Lager, Werkstatt, Dienst-, Geschäfts- oder sonstige Räume unbenutzt sind.

b. Nach § 4 haben die Hausbesitzer bezw. Stellvertreter jede Wohnung innerhalb 3 Tagen nachdem sie gekündigt ist, oder feststeht, daß sie aus einem vorliegenden Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen wird, dem Magistrat (Wohnungsamt) anzuzeigen.

c. Nach § 5 darf der Verfügungsberechtigte bis zum 31. 12. 20. über Wohnräume vorbezeichneten Art erst verfügen, nachdem das Wohnungsamt erklärt hat, daß es einer Wohnungsbewilligung gemäß § 4 der Wohnungsmangelverordnung für die Wohnung dem Vermieter nicht nachweisen will, oder eine Woche seit erfolgter Anzeige verstrichen ist, ohne daß das Wohnungsamt sich erklärt hat.

Bad Ems, den 7. Juli 1920.

Der Magistrat. (Wohnungsamt.)

Hühneraugen??

Da gibt es nur Kufrol, das schnell und sicher wirkende Mittel! Auch gegen Hornhaut, Blasen und Warzen mit bestem Erfolg anzuwenden. Preis 2,50 Mark.

Kug. Roth, Drogerie, Ems.

Bauholz, Bretter u. Latten

kann jederzeit nach Liste geliefert werden.

Wilhelm Arlt, Bad Ems
Holzhandlung und Sägewerk.

Kurtheater Bad Ems

Leitung: Hofrat Steingötter, Stellvert. Dir. Alb. Heinemann

Samstag, 10. Juli 1920, abends 8 Uhr

Gastspiel von Mitgliedern des
Stadttheaters Mainz

Die Fledermaus.

Operette in 3 Aufzügen von Johann Strauß.

Unabhängige Sozialdem. Partei des Unterlahnkreises.

Sonntag, 11. Juli 1920, nachm. 2 Uhr
im Hotel zur Krone (Bef. Bramm) in Nassau:

: Kreis-Konferenz :

Tagesordnung:

1. Zusammenfassung zu einer Kreisorganisation und Wahl des Vorstandes.
2. Vortrag des Bezirkssekretärs Dr. Otto Richard aus Frankfurt a. M. über die verfassungsmäßige Reichstagswahl und warum treten wir nicht in die Regierung ein.
3. Wichtige Parteielagenarbeiten.

Der Ort, wo Gefinnungsgenossen sind, bitten wir, Delegierte zu entsenden.

Freunde und alle, die sich mit der U. S. P. solidarisch erklären, sind herzlich eingeladen.

Hoch die Solidarität!

Der Bezirks-Vorstand.

J. A. Stort.

Achtung! Achtung!
Verband der Gastwirtsgehilfen, Bad Ems

Samstag, 10. Juli 1920, abends 8 Uhr

im Saalbau „Zur Krone“

!! Grosser Ball !!

wozu alle Emsener Bürger herzlichst eingeladen sind.

Kein Weinzwang. — Alles willkommen.

Die Vorstandschaft.

**Kurz geschnittenes trockenes
Brandholz**

von heute ab wieder vorrätig, kann

jedes Quantum sofort geliefert werden.

Wilhelm Arlt, Bad Ems
Holzhandlung und Sägewerk.

Saubere, ölfreie
leere 1/2 u 1-Ltr.

Cognac-u. Rotweinflaschen

kauft jedes Quantum

C. J. Wittmann,
Bad Ems : Römerstr. 71

+ Geschlechtskrankheit! +

— Rasche Hilfe durch giftfreie Axren. —

Harnröhrenleiden, früher auch venereale Ausschlag, heilt sich durch die rasche Hilfe durch giftfreie Axren. Syphilis, ohne Behandlung, ohne Schmerzen, Querschnitte und schmerzliche Entzündungen. **Kannesschwäche**, rasche Wirkung nur ohne Beeinträchtigung der Gesundheit. Über 100.000 Briefe von Patienten, die durch die rasche Hilfe durch giftfreie Axren geheilt wurden. **Spezialarzt Dr. med. Cammann, Berlin G. 77**
Potsdamer Strasse 123 B. Sprechst. 9-11, 2-4
Sonntags 10-11 Uhr.
Genaue Angaben d. Befunde erfordern, damit richtige Beschlüsse gefasst werden können.

Ärztmikroskop

zu kaufen gesucht. Angeb.
unter D. 21 an d. Gesch.

Israelitischer Gottesdienst:
Freitag abends 7,00
Samstag morgen 9,00
Sonntag nachm. 9,00
Sonntag abends 9,35

Bezirks-Turnfest

des Bezirks Unterlahn

Singhofen

am Sonntag, den 11. Juli 1920.

Beginn des Wettkampfes 8 1/2 Uhr.

... Kampfrichtersitzung 8 Uhr. ...

Turn-Verein „Jahn“ Singhofen

Emser Lichtspielhaus

Römerstr. 62

Voranzeige.

Am Samstag Henry Porten Diebstahlsfilm

Monica Vogelsang

5 Akte und 1 Nachspiel

Prima Pferdefleisch

Marktstraße 10. Bad Ems.

Sommer-Ausverkauf

von

weissen u. farbigen Voiles, Kleiderkattunen, Musselinen, Blandruck-Blusen- und Waschstoffen zu ermässigten Preisen.

Schürzenstoffe, baumwollene und wollene Kleiderstoffe, Bettzeug, Bettkattun, Hemdenflanell usw.

in grosser Auswahl

Karl Schmidt, Katzenelnbogen

Heute abends trifft ein Waggon

frisches Gemüse

sowie neue Kartoffeln ein und wird Samstag von 1 Uhr ab zu billigen Preisen am Bahnhof verkauft. Nur prima Ware

Frau Kapp u. Maus
Ems.

Suchen eingetroffen:

Frischer Schellfisch u. Cabeljau
Gebr. Weidenfelder, Ems. 1484

Biete an:

alle Sorten Mosel- und Saarweine, Rheinweine, in- u. ausl. Rotweine, Cognac u. Spirituosen in best. Qualität. Liefere in klein. u. gross. Posten.

Franz Mentzel

Weinhandlung.

Bad Ems, Lahnstr. 26

Die Vertretung

für den **Westerwald u. Lahnkreis** hat alle, angelegten Tabak- u. Zigarettenfabrik für sofort zu vergeben. Es kommt nur eine erste, gut eingeführte Kraft in Frage, welche bedeutende Umsätze nachweisen kann. Off. unter G. 23 an die Gesch. 1485

Schwarze Johannisbeeren

zu verkaufen. 14 3

Schleuse. Ems.

Jünger Mann sucht

möbl. Zimmer

mit Pension. Angeb. unter

Nr. 21 an die Gesch. 1473

Rammersfänger,

angehoben, beliebt, Künstler, erfahre. Bildhauer (Lehrer am Konf. u. wünsch. Aufnahme für Kunst in Brionth, Hotel oder Sanatorium gegen Entlohnung von Unterricht, Veranstaltung v. Hauskonzerten. Angeb. unter N. 21 539 an Rudolf Wölfe, Köln.

Kaufe Möbel

ganze Einrichtungen zum

Schiffahrt.

Heinrich Faulhaber,

Coblenz, W.-Bl. 6

Telefon Nr. 1495.

Schwarze Ledertasche

mit Inhalt verloren. Abzu-

geben gegen Belohn. **Hotel**

Dier Jahreszeiten Ems.

Verloren

goldene Manschettenknöpfe vom Kurfaal bis Bahnhof. Abzugeben geg. 100 Mark Belohnung.

Bahnhofshotel,

Bad Ems.

XXXXXXXXXX

Deutscher Angestellten-Bund

Samstag, den 10. Juli

abends 8 1/2 Uhr

Monatsversammlung

im „Prinz Carl“, Ems.

Sport-Verein Bad Ems

Gute Freitag abends 8 Uhr

außerordentl.

Generalversammlung

Wichtiges Erscheinen aller

Mitglieder bring. erforderlich.

Ältere Mädchen

oder alleinstehende Frau

für alle Hausarbeit gesucht.

Gärtnerlei Richter, Ems.

Tüchtiges Mädchen

sofort gesucht. 1473

Friedrichstr. 7, Ems.

Beß Mädchen

für 11 Haushalt gesucht.

Frau Schulte, Ems.

1471 Lahnstr. 89, II. Et.

Mädchen

für die Küche zur Auskult.

gefordert. 1473

Konsistori Ansp. Ems.

Halbtagsmädchen

möglichst sofort für Priv.

Haushalt gesucht. 20 100

die Geschäfte. 14 3

Gewandtes

Servierfräulein

für sofort gesucht

Hotel zum Löwen, Ems.

Eine durchaus erfahrene

Kinderpflegerin

zu 2 Kindern im Alter von

9 u. 10 Jahr. in herrschaftl.

Haus gesucht. Off. unter

G. 23 an die Gesch. 1473

Brenß.

Stassenlotterie.

Au der bedr. und verbesserten

Einrichtung des Spielplatz

habe noch einige Lose ab-

zugeben. Ziehung 13. u.

14. d. Mts.

1482 **S. Probst, Ems.**

Kirchl. Nachrichten

Bad Ems.

Evangelische Kirche

Sonntag, den 11. Juli

6. nach Trinitatis.

Wortf. 10 Uhr: Hr. Pastor

Dr. Michel aus Gumb.

(Mitwirkung des Kirchen-

chores)

Mitk. 11 Uhr: Hr. Pastor

Dr. Michel aus Gumb.

(Mitwirkung des Kirchen-

chores)

Mitk. 12 Uhr: Hr. Pastor

Dr. Michel aus Gumb.

(Mitwirkung des Kirchen-

chores)

Mitk. 13 Uhr: Hr. Pastor

Dr. Michel aus Gumb.

(Mitwirkung des Kirchen-

chores)

Mitk. 14 Uhr: Hr. Pastor

Dr. Michel aus Gumb.

(Mitwirkung des Kirchen-

chores)

Mitk. 15 Uhr: Hr. Pastor

Dr. Michel aus Gumb.

(Mitwirkung des Kirchen-

chores)

Mitk. 16 Uhr: Hr. Pastor

Dr. Michel aus Gumb.

(Mitwirkung des Kirchen-

chores)

Mitk. 17 Uhr: Hr. Pastor

Dr. Michel aus Gumb.

(Mitwirkung des Kirchen-

chores)

Mitk. 18 Uhr: Hr. Pastor

Dr. Michel aus Gumb.

(Mitwirkung des Kirchen-

chores)

Mitk. 19 Uhr: Hr. Pastor

Dr. Michel aus Gumb.

(Mitwirkung des Kirchen-

chores)